Deutscher Bundestag **Drucksache 18/814**
18. Wahlperiode 14.03.2014

Fragen

für die Fragestunde der 22. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 19. März 2014

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

1. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Treffen gab es zwischen der Europäischen Kommission und Vertretern der Bundesregierung bezüglich einer europarechtskonformen Ausgestaltung der Besonderen Ausgleichsregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (bitte nach Inhalt und Terminen aufschlüsseln), und welchen inhaltlichen Vorschlag zur europarechtskonformen Ausgestaltung hat die Bundesregierung der Europäischen Kommission diesbezüglich unterbreitet?

2. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist der Zeitplan für die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigte Novelle des Bundesberggesetzes, und welche konkreten inhaltlichen Änderungen sollen im Gesetz vorgenommen werden (insbesondere im Hinblick auf Gewässerschutz und unterirdische Raumplanung)?

3. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des Analysten Marc Maes vom Seattle to Brussels Network (http://eu-secretdeals.info/upload/2014/03/S2B-Marc-Maes-CETA-Investment_Response-to-DG-Trade-claims-March-7-2014_v2.pdf, S. 4 Nr. 2), dass die im CETA-Investmentkapitel enthaltene Most Favoured Nations Clause so angewendet werden kann, dass Investoren sich bei möglichen Klagen künftig auf jeglichen bilateralen Investitionsschutzvertrag beziehen können, also denjenigen „aussuchen“ können, bei dem das Unternehmen die größten Chancen auf Erfolg der Klage sieht, und wenn ja, welche Schlüsse zieht die Bundesregierung hieraus?

4. Abgeordneter **Klaus Ernst** (DIE LINKE.)

Gibt es innerhalb der Bundesregierung Pläne, eigene bilaterale Investitionsschutzverträge abzuändern oder aufzukündigen angesichts ihrer kritischen Haltung (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 32 der Abgeordneten Johanna Voß auf Bundestagsdrucksache 17/14439) zu einem Investor-Staat-Schiedsverfahren innerhalb des Transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP und nachdem bereits einige Staaten wie Südafrika, Ecuador und Bolivien entsprechende Entscheidungen getroffen haben (vgl. www.sierraclub.ca/en/main-page/multiple-countries-rejecting-investor-state-dispute-settlement; bitte begründen)?

5. Abgeordneter **Klaus Ernst** (DIE LINKE.)

Haben nach Kenntnis der Bundesregierung nur solche EU-Staaten bereits ein Investitionsschutzabkommen einschließlich des Investor-Staat-Schiedsverfahrens mit den USA, die zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses noch nicht in der OECD waren (bitte die einzelnen Staaten auflisten), und inwiefern ist es nach Ansicht der Bundesregierung vor diesem Hintergrund falsch, von bereits existierenden „Präzedenzfällen innerhalb der EU“ zu sprechen, wie es Rupert Schlegelmilch, Direktor der Direktion B der Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission, beim Besuch des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages am 10. Februar 2014 getan hat?

6. Abgeordnete **Agnieszka Brugger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Umstände, unter denen P99-Pistolen des Ulmer Waffenunternehmens Walther ohne Ausfuhrgenehmigung nach Kolumbien gelangt sind, und was unternimmt sie, um diesen Fall aufzuklären (vgl. Deutsche Welle vom 27. Februar 2014)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

7. Abgeordnete **Agnieszka Brugger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Gesamtstrategie verfolgt die Bundesregierung im Hinblick auf das Konfliktgeschehen in Somalia, und welche diplomatischen, zivilen und entwicklungspolitischen Maßnahmen werden vonseiten der Bundesregierung ergriffen, um die Konfliktursachen zu bearbeiten (bitte einzeln aufschlüsseln)?

8. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Über welche Erkenntnisse und Hinweise verfügt die Bundesregierung, dass die gegen jüdische Einrichtungen und Bürger jüdischen Glaubens gerichteten Angriffe in der Ukraine wie in Kiew im Januar 2014 (www.santegidio.org/pageID/3/langID/de/itemID/8473/Solidaritt_mit_der_jdischen_Gemeinde_die_Opfer_antisemitischer_bergriffe_geworden_ist.html) vom russischen Geheimdienst, von anderen russischen Sicherheitsorganen und/oder vom ukrainischen Geheimdienst oder von anderen ukrainischen Sicherheitsorganen organisiert und gesteuert wurden?

9. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die organisatorische und finanzielle Zusammenarbeit zwischen der ukrainischen Partei „Swoboda“ und der Kampfgruppe „Rechter Sektor“ mit der deutschen NPD und anderen rechtsextremistischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland vor?

10. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Ist die derzeitige De-facto-Regierung in der Ukraine nach Ansicht der Bundesregierung verfassungsgemäß zustande gekommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

11. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Wie viele Feststellungen des Verlusts der deutschen Staatsangehörigkeit waren zuletzt im Register der Entscheidungen in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten eingetragen (bitte so genau wie möglich nach dem Grund bzw. der jeweiligen Rechtsgrundlage unterscheiden sowie nach den fünf wichtigsten Staatsangehörigkeiten differenzieren)?

12. Abgeordnete **Halina Wawzyniak** (DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den schriftlichen Aussagen Edward Snowdens vor dem mit der Untersuchung zur geheimdienstlichen Massenüberwachung befassten Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments „Deutschland wurde bedrängt, sein G-10-Gesetz zu ändern, um die NSA zu befriedigen, und hat die verfassungsmäßigen Rechte deutscher Bürger untergraben“ (https://netzpolitik.org/2014/snowden-zu-eu-parlament-deutschland-veraenderte-auf-druck-der-usa-g10-gesetz/), und erfolgten diese Einflussnahmen und entsprechenden Änderungen des Artikel 10-Gesetzes (G 10)?

13. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnis hat die Bundesregierung bezüglich des mehrfach vorbestraften Neonazis M. D. v. D. (den das Bundesamt für Verfassungsschutz [BfV] von 1994 bis 2003 als V-Mann (VM) „Tarif“ führte, dessen Akte sein mutmaßlicher VM-Führer „Lingen“ 2011 weisungswidrig schreddern ließ und den das BfV nach dem NSU-Trio in Niedersachsen forschen ließ [Bundestagsdrucksache 17/14600, S. 759, 761,

773, 777]), v. a., dass dessen VM-Führer „Alex“ 1998 angebotene Hinweise zum Versteck des NSU-Trios bei D. explizit abgelehnt habe (vgl. DER SPIEGEL vom 24. Februar und 1. März 2014) und der D. dem BfV zwecks Billigung sowie Finanzierung antisemitische Hetzschriften vor deren Produktion vorlegte, derentwegen der niedersächsische Amtsrichter Dr. Wilfried Kraft den D. im Herbst 2000 wegen Volksverhetzung zu Haft verurteilte, und bleibt die Bundesregierung weiter bei der Aussage, das BfV habe weder V-Leute im direkten Umfeld des NSU-Trios geführt noch die Akten zum VM „Tarif“ deshalb schreddern lassen, um heikle Details über dessen Tun geheimzuhalten, etwa wenn das BfV dem D. – noch nach dieser Verurteilung bis mindestens 2003 – weiteren Lohn sowie Auslagen bezahlte, außer für die o. g. Hetzschriften auch dafür, dass D. als NPD-Kandidat am 20. April 2002 zu „Führers Geburtstag“ Nazis zu einem Drohmarsch vor das Haus jenes Richters aufrief unter der Parole „Weg mit Richter Dr. Kraft“, weshalb jener nebst Familie lange Polizeischutz erhielt (WESER-KURIER vom 3. März 2014, „Richter zweifelt am Rechtsstaat – Das macht mich fassungslos“)?

14. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)

Für wie viele syrische Flüchtlinge wurde nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen der Aufnahmeprogramme der Länder die Aufnahme bei Verwandten angemeldet (bitte nach Bundesländern und Aufnahme über Länderanordnungen/Regelung nach § 23 des Aufenthaltsgesetzes differenzieren), und in wie vielen Fällen wurde eine Aufenthaltserlaubnis erteilt?

15. Abgeordnete **Ulla Jelpke** (DIE LINKE.)

Inwieweit wird sich die Bundesregierung für eine unbegrenzte Aufnahme von syrischen Flüchtlingen bei ihren hier lebenden Verwandten einsetzen, und welche konkreten Schritte für eine weitere Aufnahme syrischer Flüchtlinge bei hier lebenden Verwandten oder aus humanitären Gründen sind derzeit geplant?

16. Abgeordnete **Luise Amtsberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Schlussfolgerungen bzw. Konsequenzen zieht die Bundesregierung hinsichtlich der Situation von Flüchtlingen mit Behinderungen in Deutschland, insbesondere im Hinblick auf ihre Unterbringung und den Zugang zu Rehabilitationsmaßnahmen, und sollten der Bundesregierung hierzu keine Daten vorliegen, plant sie, einen entsprechenden Forschungsauftrag zu vergeben?

17. Abgeordnete **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form wird die Bundesregierung – wie im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vereinbart – „rechtliche Hemmnisse bei der Ausübung des Wahlrechts für Analphabeten und Betreute abbauen“?

18. Abgeordnete **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Alternativen zu einer ersatzlosen Streichung des in § 13 Nummer 2 des Bundeswahlgesetzes genannten Ausschlusstatbestandes sieht die Bundesregierung, um den automatischen Wahlrechtsausschluss von Personen zu beenden, für die eine Betreuung in allen Angelegenheiten angeordnet wurde, und wann wird sie die entsprechende Streichung vorschlagen, falls sie keine Alternativen sieht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

19. Abgeordnete **Ulle Schauws** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung, um bei der Umsetzung der EU-Opferschutzrichtlinie (Richtlinie 2004/81/EG) die spezifischen Bedürfnisse von Gewaltopfern mit Behinderung angemessen zu berücksichtigen?

20. Abgeordnete **Martina Renner** (DIE LINKE.)

Sind durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sowie das Bundesministerium des Innern inzwischen Entwürfe für die Änderungen der Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren und der einschlägigen polizeilichen Dienstvorschriften fertiggestellt worden, wie sie der Abschlussbericht des 2. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) vorgesehen hat, in dem die gemeinsame Empfehlung der Obleute als erstes die nachfolgende für den Bereich Polizei fordert: „In allen Fällen von Gewaltkriminalität, die wegen der Person des Opfers einen rassistisch oder anderweitig politisch motivierten Hintergrund haben könnten, muss dieser eingehend geprüft und diese Prüfung an geeigneter Stelle nachvollziehbar dokumentiert werden, wenn sich nicht aus Zeugenaussagen, Tatortspuren und ersten Ermittlungen ein hinreichend konkreter Tatverdacht in eine andere Richtung ergibt. Ein vom Opfer oder Zeugen angegebenes Motiv für die Tat muss von der Polizei beziehungsweise der Staatsanwaltschaft verpflichtend aufgenommen und angemessen berücksichtigt werden.

Es sollte beispielsweise auch immer geprüft werden, ob es sinnvoll ist, den polizeilichen Staatsschutz zu beteiligen und Informationen bei Verfassungsschutzbehörden anzufragen. Dies sollte in die Richtlinien für das Straf- und das Bußgeldverfahren (RiStBV) sowie in die einschlägigen polizeilichen Dienstvorschriften aufgenommen werden.“ (Bundestagsdrucksache 17/14600, S. 861)?

21. Abgeordnete **Martina Renner** (DIE LINKE.)

Wann sollen die Entwürfe für die Änderungen der RiStBV und der einschlägigen polizeilichen Dienstvorschriften der Innenministerkonferenz und der Justizministerkonferenz zur Verabschiedung vorgelegt werden?

22. Abgeordneter **Herbert Behrens** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung den vom EU-Ministerrat vorgelegten Gegenvorschlag zu dem vom Europaparlament verabschiedeten Kompromisspapier bezüglich des Verordnungsvorschlages KOM(2013) 130 hinsichtlich der dort vorgeschlagenen Regelung, Fluggesellschaften von der Entschädigungspflicht zu entbinden, sofern Verspätungen im Luftverkehr auf Herstellerfehler zurückzuführen sind, und wie wird sich die Bundesregierung in ggf. stattfindenden Trilogverhandlungen hinsichtlich dieser Frage positionieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

23. Abgeordnete **Dr. Franziska Brantner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie begründet die Bundesregierung die von ihr beabsichtigte Verschiebung der Kindergelderhöhung (Süddeutsche Zeitung vom 11. März 2013) auf das Jahr 2016, und wie lässt sich diese Maßnahme mit dem Ziel vereinbaren, die Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen?

24. Abgeordneter **Dr. Axel Troost** (DIE LINKE.)

Hält es die Bundesregierung für verfassungsrechtlich zulässig, den im zuletzt vorgelegten Neunten Existenzmininumbericht festgestellten Anpassungsbedarf beim Kinderfreibetrag ab dem Veranlagungsjahr 2014 nicht im Jahr 2014, sondern in einem späteren Jahr umzusetzen (vgl. dpa-Meldung vom 12. März 2014, „Schäuble: Prüfen spätere Anhebung von Kindergeld und Kinderfreibetrag“), und

ist es zutreffend, dass die Bundesregierung in den Jahren 2014 und 2015 keine Erhöhung des Kindergeldes vornehmen wird?

25. Abgeordneter **Dr. Axel Troost** (DIE LINKE.)

Aus welchem Grund erfolgt gemäß § 1 Absatz 2 des Kaffeesteuergesetzes lediglich eine Besteuerung von Röstkaffee und löslichem Kaffee, jedoch keine Besteuerung von rohen Kaffeebohnen, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die Besteuerung des grenzüberschreitenden Handels mit Kaffee insbesondere in Form von Tabs im Onlinegeschäft sicherzustellen?

26. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Mio. Euro Versicherungsteuer hätte die Bundesregierung geschätzt zugunsten des Bundeshaushalts vom ADAC e. V. erhalten müssen, seit dieser entsprechend steuerpflichtige Versicherungsleistungen (wie Unfall-/Pannenhilfe, Rechtsschutz-/Krankenversicherung, Luftrettung etc.) vor Jahrzehnten anzubieten begann, und was unternahm die Bundesregierung seither sowie v. a., seit bayerische Betriebsprüfer sie explizit auf diesbezügliche „Anhaltspunkte für Steuerhinterziehung“ der ADAC-Verantwortlichen hingewiesen hatten (vgl. DER SPIEGEL vom 9. März 2014), um eine Strafverfolgung Letzterer sowie die vollständige rasche Beitreibung der offenen Versicherungsteuer zugunsten des Bundeshaushalts sicherzustellen?

27. Abgeordnete **Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Personen haben in den letzten zehn Jahren jeweils „Behindertenpauschbeträge“ nach § 33b des Einkommensteuergesetzes (EStG) und „Außergewöhnliche Belastungen“ durch behinderungsbedingte Ausgaben nach § 33 EStG geltend gemacht, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus hinsichtlich der Angemessenheit der Pauschbeträge?

28. Abgeordnete **Susanna Karawanskij** (DIE LINKE.)

Inwieweit ist die in Medien (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 10. März 2014 „Bundesregierung will Lebensversicherer unterstützen“) zu vernehmende Meldung zutreffend, dass bei dem Reformpaket für Lebensversicherungen der Tag der Verabschiedung im Kabinett als Stichtag genommen werden soll, wodurch die Versicherten dann keine Chance mehr hätten, ihre Verträge vorzeitig zu kündigen, um die bislang geltende hälftige Beteiligung an den Bewertungsreserven zu retten, und nach welchen Kriterien

könnte im Detail eine potenzielle Regelung ausgestaltet sein, nach der in einer so genannten Niedrigzinsphase die Beteiligung der Versicherten an den Bewertungsreserven aus festverzinslichen Wertpapieren gekürzt oder ausgeschlossen wird und bei steigenden Zinsen „automatisch wieder die aktuelle Regelung“ mit der 50-prozentigen Beteiligung an den Bewertungsreserven greifen soll (vgl. A. Erdland, Präsident des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft in: boerse-online.de vom 10. März 2014 „Bundesregierung plant Reformpaket für Lebensversicherung“)?

29. Abgeordnete **Susanna Karawanskij** (DIE LINKE.)

Vorausgesetzt, die Beteiligung der Versicherungsgemeinschaft an den Bewertungsreserven wird gekürzt oder ganz abgeschafft, wie bewertet die Bundesregierung zum derzeitigen Stand die in der Debatte befindlichen potenziellen Gegenleistungen der Versicherungsbranche im Einzelnen (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 10. März 2014 „Bundesregierung will Lebensversicherer unterstützen“, speziell im Abschnitt „Politik fordert Gegenleistungen der Versicherer“), und wie positioniert sich die Bundesregierung zur Kritik an der potenziellen Regelung, wonach es zu einer Ausschüttungssperre an Aktionärinnen und Aktionäre kommen soll, sobald ein Versicherungsunternehmen seine Garantiezusagen an die Kundinnen und Kunden nicht einhalten kann, was aber insofern problematisch sei, weil ein Unternehmen, das sich in einer solch dramatischen Schieflage befindet, in der es keine Garantiezusagen mehr erfüllen kann, ohnehin vom Markt gehen muss, wodurch es sowieso keine Dividenden mehr an Aktionärinnen und Aktionäre auszahlen darf (vgl. Deutschlandfunk vom 12. März 2014 „Geschenk an die Lobby“)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

30. Abgeordnete **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht der Landesregierungen, dass der Behinderungsbegriff im Neunten Buch Sozialgesetzbuch vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention überarbeitet werden muss (vgl. 90. ASMK-Protokoll), und zu welchem Zeitpunkt wird sie in diesem Fall einen Überarbeitungsvorschlag vorlegen?

31. Abgeordnete **Luise Amtsberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf welche Weise bzw. an welchen Orten können sich nach Kenntnis der Bundesregierung Flüchtlinge mit Behinderungen bzw. behinderte Menschen, die schlecht oder nicht deutsch sprechen, über sozialrechtliche Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderungen informieren, und sollte die Bundesregierung hierzu keine Kenntnis haben, plant sie, einen entsprechenden Forschungsauftrag zu vergeben?

32. Abgeordneter **Peter Meiwald** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über welche existenzsichernden Leistungen können Studierende mit Behinderungen behinderungsbedingt höhere Aufwendungen des Lebensunterhalts decken, und sieht die Bundesregierung hier Handlungsbedarf?

33. Abgeordneter **Peter Meiwald** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob Verbände behinderter Menschen, die Beratung zu Rechtsansprüchen behinderter und chronisch erkrankter Menschen nach dem Peer-Prinzip anbieten und damit sowohl eine Beratung gewährleisten, die unabhängig von Interessen der Leistungsträger und -anbieter ist, als auch einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Selbstbewusstseins und Selbstbestimmungsrechts behinderter Menschen leisten, vor teilweise existenziellen Finanzierungsproblemen stehen und daher beständig mit der Situation konfrontiert sind, ihre Arbeit nicht aufrechterhalten zu können, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, hier Verbesserungen herbeizuführen?

34. Abgeordnete **Doris Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung (ggf. in Zusammenarbeit mit den Bundesländern), um für Eltern mit Behinderungen einen Rechtsanspruch auf Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer Elternrolle zu schaffen, sofern sie zum Ausgleich ihrer Behinderung darauf angewiesen sind (sog. Elternassistenz)?

35. Abgeordnete **Doris Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Studie „Strukturelle und finanzielle Hindernisse bei der Umsetzung der interdisziplinären Frühförderung“ durch das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik, um eine bundeseinheitliche Umsetzung der Komplexleistung „Frühförderung“ zu gewährleisten und Schnittstellenprobleme abzubauen, und wann wird die Bundesregierung tätig werden?

36.	Abgeordnete **Beate Müller-Gemmeke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ist es aus Sicht der Bundesregierung geboten, die Arbeitsstättenverordnung dergestalt zu überarbeiten, dass Betriebe generell verpflichtet werden, Arbeitsstätten barrierefrei zu gestalten und die Integrationsämter zur Übernahme der Kosten in vollem Umfang zu verpflichten?
37.	Abgeordnete **Beate Müller-Gemmeke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Wie viele Arbeits- und Ausbildungsplätze wurden durch die „Initiative Inklusion" bisher tatsächlich geschaffen, und wie viele der Menschen, die darüber einen Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz bekommen haben, sind derzeit noch dort beschäftigt?
38.	Abgeordnete **Kerstin Andreae** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um Menschen mit Behinderung besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren, und wie sollen diese Maßnahmen umgesetzt werden, um unnötige Bürokratie zu vermeiden?
39.	Abgeordneter **Markus Kurth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Welche Erfahrungen wurden aus Sicht der Bundesregierung bislang mit dem Budget für Arbeit gemacht, und aus welchen Gründen hat sich die Bundesregierung dazu entschieden, zur Erleichterung des Übergangs aus der Werkstatt für Menschen mit Behinderung auf den ersten Arbeitsmarkt lediglich Erfahrungen mit dem Budget für Arbeit einzubeziehen, obwohl die Landesregierungen hier weitergehen und die gesetzliche Verankerung eines Budgets für Arbeit in der erprobten Form fordern (vgl. 90. ASMK-Protokoll vom 27./28. November 2013)?
40.	Abgeordneter **Markus Kurth** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Landesregierungen, dass im Rahmen der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe ein dauerhafter Lohnkostenzuschuss für wesentlich behinderte, erwerbsfähige Menschen im Sinne eines Minderleistungsausgleiches eingeführt werden sollte (vgl. 90. ASMK-Protokoll), um ihre Chancen auf Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu verbessern, und welche Gründe bzw. Erwägungen liegen der Einschätzung zugrunde?

41. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hat sich die Zahl schwerbehinderter Arbeitsloser und schwerbehinderter, arbeitsloser Akademikerinnen und Akademiker seit dem Jahr 2010 im Vergleich zum allgemeinen Trend auf dem Arbeitsmarkt entwickelt (bitte Zahlen für jedes Jahr getrennt nach Rechtskreisen angeben), und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung?

42. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Einschätzung des Deutschen Vereins der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf e. V. (DVBS) hinsichtlich des Reformbedarfs bei der Arbeitsvermittlung schwerbehinderter Menschen und hinsichtlich der Rolle der Vermittlungsstelle für besonders betroffene schwerbehinderte Akademikerinnen und Akademiker in der zentralen Auslands- und Fachvermittlung, wie Dr. Heinz Willi Bach sie in seinem Beitrag in der Zeitschrift „horus“ (Ausgabe 1/2014) darlegt (www.dvbs-online.de/horus/2014-1-5347.htm), und welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Verbesserung der Vermittlung schwerbehinderter Arbeitsloser und schwerbehinderter, arbeitsloser Akademikerinnen und Akademiker?

43. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Vorschlägen der Bundesvereinigung der Landesarbeitsgemeinschaften der Werkstatträte (BVWR) e. V. zur Weiterentwicklung der Werkstättenmitwirkungsverordnung (vgl. Positionspapier vom Juni 2012), und wann wird sie die Verordnung in Zusammenarbeit mit der BVWR im Sinne der Stärkung der Mitwirkungsrechte der Werkstatträte und einer rechtlichen und finanziellen Sicherung der überregionalen Werkstattratsvertretungen weiterentwickeln?

44. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welchen Änderungsbedarf sieht die Bundesregierung mit Blick auf die Tatsache, dass Werkstätten für behinderte Menschen nur denjenigen behinderten Menschen offenstehen, von denen erwartet werden kann, dass sie spätestens nach Teilnahme an Maßnahmen im Berufsbildungsbereich wenigstens ein Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung erbringen werden (§ 136 Absatz 2 SGB IX), insbesondere vor dem Hintergrund der in diesem Zusammenhang auftretenden sozialversicherungsrechtlichen Schlechterstellung des ausgeschlossenen Personenkreises, und wann wird sie diesbezüglich tätig werden?

45. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)

Welche konkreten zentralen Schritte, Maßnahmen, Gipfel etc. plant die Bundesregierung in den kommenden zwei Jahren, um die im „Fortschrittsbericht 2013 zum Fachkräftekonzept der Bundesregierung“ angekündigten Ziele bzw. Pfade umzusetzen (bitte entsprechende Terminierung benennen), und inwieweit sollen daraus gesetzgeberische Initiativen folgen (diese bitte konkret benennen)?

46. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)

Inwiefern sieht die Bundesregierung die Wirtschaft in der Pflicht, durch bessere Arbeits- und Entlohnungsbedingungen die Attraktivität bestimmter Berufsgruppen zu erhöhen, und welches sind die 20 Berufsgruppen, bei denen nach Ansicht der Bundesregierung am stärksten Handlungsbedarf besteht?

47. Abgeordnete
Azize Tank
(DIE LINKE.)

Welche konkreten rechtlichen und politischen Sachverhalte sind die Ursache für den seit mehreren Jahren andauernden und bis heute nicht abgeschlossenen Prüfungsprozess der Bundesregierung (vgl. zuletzt auch die Antworten der Bundesregierung auf meine Mündlichen Fragen 77 und 78, Plenarprotokoll 18/19, Anlagen 45 und 46), die ein Hindernis bei der Umsetzung sozialer Menschenrechte durch eine sofortige Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum UN-Sozialpakt darstellen, und wann gedenkt die Bundesregierung, ihren Prüfungsprozess abzuschließen?

48. Abgeordnete
Azize Tank
(DIE LINKE.)

Welche konkreten rechtlichen und politischen Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um die durch den Europäischen Ausschuss für soziale Rechte in seinen im Januar 2014 veröffentlichten Schlussfolgerungen (Conclusions XX-2 (2013)) festgestellten Unvereinbarkeit der deutschen Staatenpraxis bezüglich der Gewährleistung der darin enthaltenen Rechte auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen aus Artikel 3 § 1 (Sicherheits- und Gesundheitsvorschriften betreffend selbständig Beschäftigte) sowie des Rechts auf Soziale Sicherheit aus Artikel 12 § 4b (Gleichbehandlung verschiedener Staatsbürger hinsichtlich der Ansprüche aus der Sozialen Sicherheit) zügig zu beheben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

49. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung angesichts des erheblich niedrigeren Erzeugerpreisniveaus (www.misereor.de/fileadmin/redaktion/Studie_System_billiges_Schweinefleisch.pdf, Tabelle S. 15 unten) die Einräumung von 81 000 Tonnen zollfreier Quote für den Import von kanadischem Schweinefleisch im CETA (www.actionplan.gc.ca/en/page/ceta-aecq/technical-summary), und in welchem Ausmaß wird der dadurch steigende Preis- und Wettbewerbsdruck aus Sicht der Bundesregierung zu einer weiteren Beschleunigung des Höfesterbens von bäuerlichen Familienbetrieben in Deutschland führen?

50. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Warum hat die Bundesregierung im Gesetzentwurf zum Direktzahlungen-Durchführungsgesetz in Artikel 15 (Dauergrünland in bestimmten Gebieten) das in Natura-2000-Gebieten befindliche Dauergrünland zu 100 Prozent als „umweltsensibles Dauergrünland“ ausgewiesen, und wie begründet sie diese vollumfassende Ausschöpfung der von der Europäischen Kommission (Verordnung (EU) Nr. 1305/2013) vorgeschlagenen Gebietskulisse?

51. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Welche ökonomischen Folgen für die in diesen Gebieten wirtschaftenden Agrarbetriebe hätte diese 100-prozentige Ausweisung als „umweltsensibles Dauergrünland“, und welche ökologischen Folgen würden damit einhergehen?

52. Abgeordneter **Harald Ebner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Gespräche haben in den vergangenen zwölf Monaten zwischen der Ebene der Staatssekretäre sowie Leitungen von Bundesministeriumsabteilungen bzw. -referaten einerseits und Vertretern von Herstellern gentechnisch veränderter Pflanzen (Dupont-Pioneer, Bayer, BASF, KWS, Monsanto etc.) sowie Vertretern von Verbänden oder Organisationen, welche als Interessenvertretungen für die Branche der Grünen Gentechnik fungieren andererseits über die Situation der Grünen Gentechnik in der EU inklusive der Frage anstehender Anbauzulassungen für gentechnisch veränderte Pflanzen stattgefunden, und welche Fragen bzw. Themen wurden in diesen Gesprächen behandelt?

53. Abgeordneter **Harald Ebner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Scheitern des bisherigen Entwurfs der EU-Saatgutverordnung für ihre zukünftige Politik in diesem Bereich, und welche Initiativen wird die Bundesregierung bei der Neugestaltung eines Verordnungsentwurfs ergreifen, um die Vermarktungsmöglichkeiten alter oder nicht homogener Sorten bzw. von Erhaltungssorten zu verbessern sowie Einschränkungen von Landwirte- und Züchterprivilegien zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

54. Abgeordneter **Omid Nouripour** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie häufig sind seit der Erweiterung des Atalanta-Mandats, das seit dem Jahr 2012 auch Einsätze an Land umfasst, Kräfte der Mission an Land gegen Piraten vorgegangen, und mit welchem Ziel geschah das jeweils?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

55. Abgeordnete **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Bedingungen müssen aus Sicht der Bundesregierung erfüllt sein, damit die Zusammenführung von Leistungen zur Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen unter dem Dach des Achten Buch Sozialgesetzbuch (sog. Große Lösung SGB VIII) zu einer Verbesserung der Situation behinderter Kinder und Jugendlicher und ihrer Eltern führt, und in welcher Form wird die Bundesregierung die „Große Lösung“ weiter vorantreiben?

56. Abgeordnete **Corinna Rüffer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann wird die Bundesregierung das in der UN-Behindertenrechtskonvention verankerte Recht auf angemessene Vorkehrungen als Diskriminierungstatbestand in das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz aufnehmen, und wie begründet sie es, falls sie keine entsprechende Änderung plant?

57. Abgeordnete **Corinna Rüffer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Position vertritt die Bundesregierung zum vorliegenden Entwurf der Fünften Antidiskriminierungsrichtlinie der EU, und welche Alternativen zum Schutz von Menschen mit Behinderungen sieht sie, falls sie den Entwurf weiterhin grundsätzlich ablehnt (vgl. z. B. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 13)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

58. Abgeordnete **Kordula Schulz-Asche** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Verantwortung tragen die Krankenversicherungsträger im trägerübergreifenden Rehabilitationsprozess, und in welchem Umfang werden sie dieser nach Ansicht der Bundesregierung gerecht?

59. Abgeordnete **Kordula Schulz-Asche** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Probleme bei der gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit Behinderung, insbesondere hinsichtlich der Barrierefreiheit und der Qualifikation von Ärztinnen und Ärzten, zu beheben, und welche Maßnahmen wird sie dazu ergreifen?

60. Abgeordnete **Maria Klein-Schmeink** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Umsetzung der Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention zur Vermeidung von ärztlichen Zwangsmaßnahmen?

61. Abgeordnete **Maria Klein-Schmeink** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann und wie wird die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigten medizinischen Zentren für erwachsene Menschen mit Behinderung einführen?

62. Abgeordneter **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wird die Bundesregierung zur Stärkung der gemeindenahen Gesundheitsversorgung für Menschen mit Behinderungen unternehmen, oder aus welchen Gründen hält sie die bestehenden Vorschriften für ausreichend?

63. Abgeordneter **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass im Zuge der Erarbeitung des Bundesteilhabegesetzes und der gleichzeitigen Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs keine neuen Verwerfungen zulasten der Leistungsbezieher entstehen?

64. Abgeordnete **Elisabeth Scharfenberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Plant die Bundesregierung – wie von der Allianz der deutschen Nichtregierungsorganisationen in ihrem Bericht zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland gefordert – eine Stärkung des Rechts auf gleichgeschlechtliche Pflege, oder aus welchen Gründen hält sie die bestehenden Vorschriften für ausreichend?

65. Abgeordnete **Elisabeth Scharfenberg** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was plant die Bundesregierung zur Verbesserung der teilhabeorientierten Versorgung von Menschen mit Behinderung mit Heil- und Hilfsmitteln, oder aus welchen Gründen hält sie die bestehenden Vorschriften für ausreichend?

66. Abgeordnete **Pia Zimmermann** (DIE LINKE.)

Kann die Bundesregierung ausschließen, dass sie den Beitragszuschlag zur Pflegeversicherung für Kinderlose erhöhen wird, um damit den geplanten Pflegevorsorgefonds aufzustocken bzw. um damit Finanzierungslücken der Pflegeversicherung zu füllen?

67. Abgeordnete **Pia Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorstoß des Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten sowie Bevollmächtigter für Pflege, Karl-Josef Laumann, im Bereich der häuslichen Pflege das ehrenamtliche Engagement stärker als bisher einzubinden, wie er es am 26. Februar 2014 in einem Interview mit der Zeitung „DIE WELT“ vorgeschlagen hat – insbesondere vor dem Hintergrund, dass jetzt schon viele Angehörige kaum Anerkennung und finanzielle staatliche Unterstützung bei der Pflege ihrer Angehörigen im häuslichen Bereich erhalten, und welche konkreten Initiativen plant die Bundesregierung in diesem Zusammenhang?

68. Abgeordnete **Kathrin Vogler** (DIE LINKE.)

Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung auf der europäischen Ebene Bestrebungen, Anwendungsbeobachtungen zu Arzneimitteln, die vorwiegend Marketingzwecken dienen, effektiver zu unterbin-

den als dies derzeit in Deutschland durch die Vorgaben in § 67 Absatz 6 des Arzneimittelgesetzes geregelt ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

69. Abgeordnete **Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass Pkw-Besitzerinnen und -Besitzer, die aufgrund einer Behinderung keine oder nur 50 Prozent Kraftfahrzeugsteuer bezahlen, durch die geplante Pkw-Maut nicht zusätzlich belastet werden?

70. Abgeordneter **Matthias Gastel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wird die Bundesregierung das im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD formulierte Ziel, die Zahl der barrierefreien Bahnhöfe zu erhöhen, umsetzen, und wie lange wird es nach Einschätzung der Bundesregierung dauern, bis alle Bahnhöfe in Deutschland barrierefrei sind?

71. Abgeordneter **Matthias Gastel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um einheitliche Standards bei der Barrierefreiheit von Fernbussen sicherzustellen, und wen sieht sie in der Pflicht, die Barrierefreiheit an Haltestellen herzustellen?

72. Abgeordneter **Markus Tressel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern hält es die Bundesregierung für mit der Fahrgastrechteverordnung der Europäischen Union vereinbar, dass Menschen mit Mobilitätseinschränkungen nach meiner Kenntnis an vielen Bahnhöfen in Deutschland auch nach vorheriger Anmeldung in den (frühen) Morgen- und (späten) Abendstunden sowie an einigen Bahnhöfen auch an Wochenenden keine Unterstützung beim Ein-, Um- oder Ausstieg erhalten, und was wird sie tun, damit diese Personengruppe mit jedem Zug reisen kann, der am entsprechenden Bahnhof hält?

73. Abgeordneter **Markus Tressel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Barrierefreiheit im Flug- und Schiffsverkehr zu erhöhen?

74. Abgeordneter **Stephan Kühn (Dresden)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist die Frage von lärmbedingten Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen Gegenstand der laufenden Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP?

75. Abgeordneter **Stephan Kühn (Dresden)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die Festlegung von Nachtflugverboten und anderen Betriebsbeschränkungen durch den Abschluss des TTIP beeinflusst wird?

76. Abgeordneter **Herbert Behrens** (DIE LINKE.)

Wird die Bundesregierung, als Vertreterin des Gesellschafters Bund in der Gesellschafterversammlung der Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg, einen vom Gesellschafter Brandenburg eingebrachten Antrag auf Verlängerung des Nachtflugverbots am künftigen Hauptstadtflughafen BER auf den Zeitraum 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr mittragen, und wenn nein, wie begründet die Bundesregierung eine möglicherweise ablehnende Haltung gegenüber der Ausweitung des Nachtflugverbots durch eine entsprechende Änderung der Betriebsgenehmigung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

77. Abgeordnete **Kerstin Andreae** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie fördert die Bundesregierung bezahlbaren barrierefreien Wohnraum insbesondere in studentischen Großstädten, und welche Maßnahmen plant sie angesichts des immer größer werdenden Bedarfs an behinderten- und altersgerechtem Wohnraum?

78. Abgeordneter **Christian Kühn (Tübingen)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen des Forschungsprojekts „Wohnen im Alter“ des ehemaligen Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, die für Deutschland bis zum Jahr 2020 einen Bedarf an drei Millionen barrierefreien bzw. barrierereduzierten Wohnungen prognostizieren, und in welcher Form koordiniert sich die Bundesregierung mit den Bundesländern, um den Bestand solcher Wohnungen zu steigern?

79. Abgeordneter **Christian Kühn (Tübingen)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Bundesmittel wurden in den letzten drei Jahren für das Programm der KfW Bankengruppe „Altersgerecht Umbauen“ bereitgestellt (bitte nach Kredit- und Zuschusslinie und Jahren aufschlüsseln), und wie hoch waren die abgerufenen Mittel (bitte nach Kredit- und Zuschusslinie und Jahren aufschlüsseln)?

80. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung bestätigen, dass bei der 104. und 112. Sitzung des Fachausschusses Druckführende Komponenten und Werkstoffe der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) sowie bei der 75. Sitzung des RSK-Fachausschusses Anlagen- und Systemtechnik jeweils zwei bzw. bei Letzterer sechs Betreiber-/Herstellervertreter zugegen waren, und jeweils wie viele Betreiber-/Herstellervertreter waren ähnlich wie bei den o. g. drei RSK-Fachausschusssitzungen in der letzten Wahlperiode bei weiteren Sitzungen der RSK oder ihrer Fachausschüsse zugegen, die in der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 18/815 noch nicht genannt wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

81. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was waren jeweils die genauen Beweggründe für die drei in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 2 auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/668 genannten Kündigungen der bundeseigenen Deutschen Bahn AG, des vom Bund getragenen Helmholtz Zentrums München – Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt GmbH und der bundeseigenen Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe Rückbau- und Entsorgungs-GmbH bei den in der genannten Drucksache jeweils genannten Vereinigungen, und wie hoch waren die in der genannten Drucksache nicht aufgelisteten Mitgliedsbeiträge der bundeseigenen AVR GmbH Jülich im VGB PowerTech e. V. jeweils in den letzten zehn Jahren (zur Tatsache der Mitgliedschaft vgl. Tätigkeitsberichte des VGB PowerTech e. V.)?

82. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern beabsichtigt die Bundesregierung, auch im Zusammenwirken mit den Ländern, die Erkenntnisse des Projekts „Diskriminierungsfreie Hochschule. Mit Vielfalt Wissen schaffen“ in den Hochschulen zu verankern, und wie wird die Bundesregierung künftig die Hochschulrektorenkonferenz unterstützen, um die Chancengleichheit für Studierende mit Behinderung zu sichern?

83. Abgeordneter **Kai Gehring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung aufgrund der Ausführungen im zweiten Bundesbericht zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zur Situation von Nachwuchswissenschaftlern mit Behinderungen, und wie beabsichtigt sie, die darin aufgezeigten Erkenntnislücken zu schließen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

84. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ermittelt die Bundesregierung mittlerweile, angesichts der Ankündigung im Aktionsplan des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, einen entsprechenden Ansatz zu entwickeln, inwiefern Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit inklusiv gestaltet sind, und wie hoch ist der Anteil der entwicklungspolitischen Maßnahmen, die inklusiv sind (bitte in Prozent und absolut angeben)?

85. Abgeordneter **Uwe Kekeritz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern wird das Thema „Behinderung“ vonseiten der Bundesregierung in die Post-2015-Debatte eingebracht, und inwieweit werden Menschen mit Behinderung in den Entwicklungsländern als Akteure (z. B. durch Selbstvertretungsorganisationen) im Prozess berücksichtigt?

86. Abgeordnete **Claudia Roth (Augsburg)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass Baumaßnahmen, die durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit gefördert werden, in den Partnerländern barrierefrei und inklusiv ausgeführt werden?

87. Abgeordnete **Claudia Roth (Augsburg)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern werden zivilgesellschaftliche Antragsteller bei durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderten Projekten (etwa durch den Titel „Förderung der entwicklungspolitischen Bildung“) dazu aufgefordert, ihre Projekte inklusiv zu planen und umzusetzen?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333